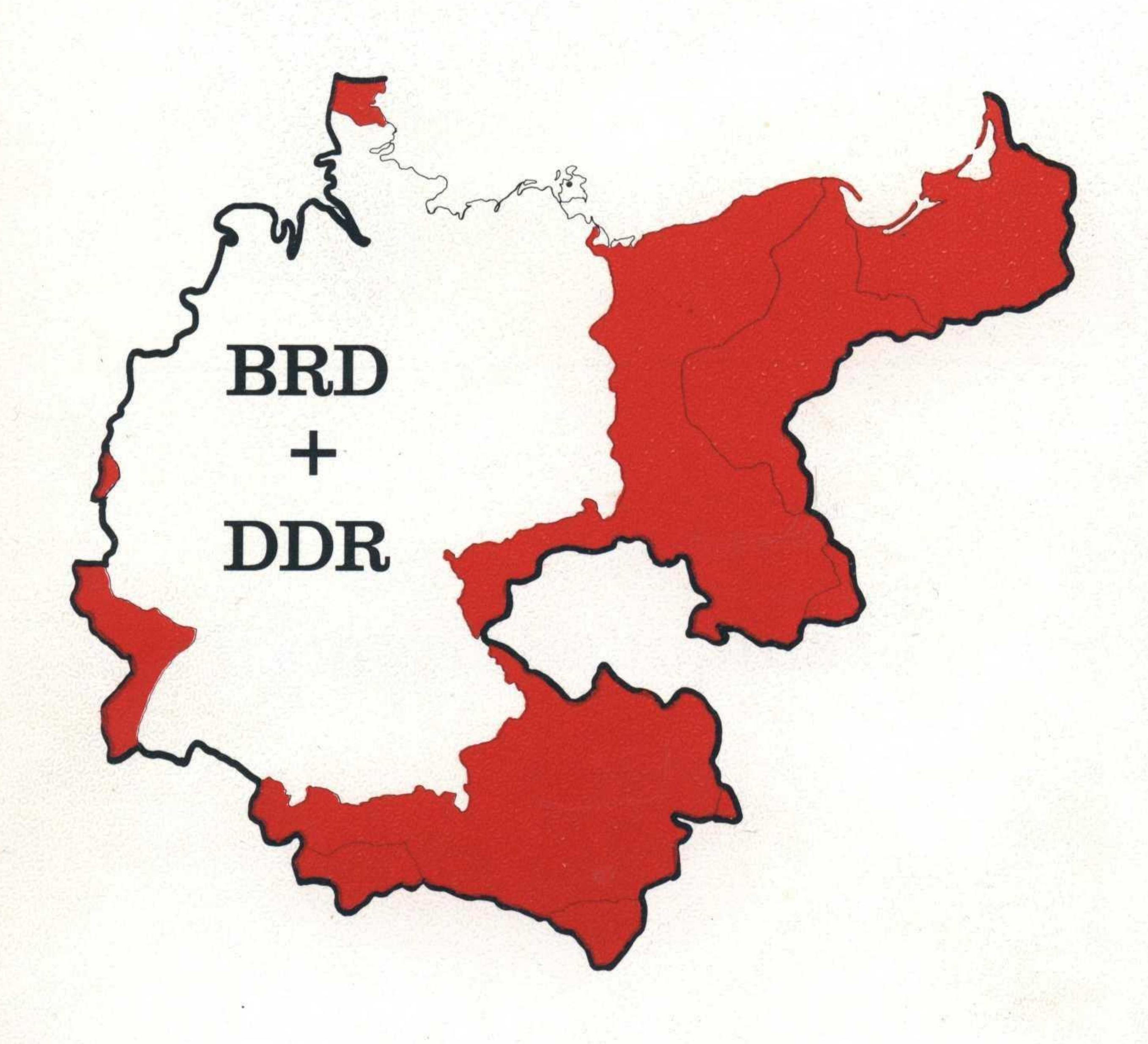
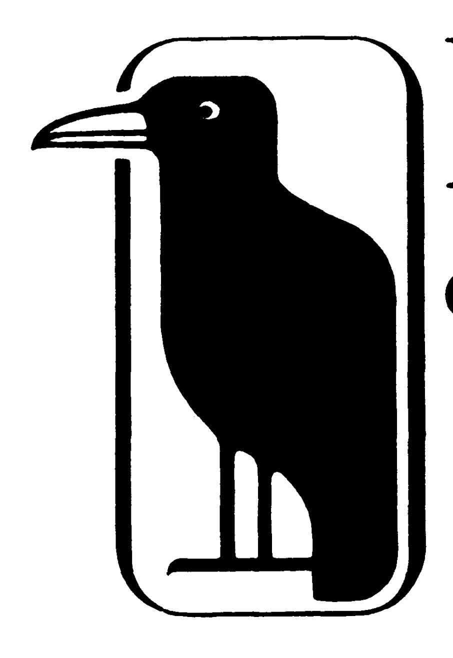
R. Schepmann



Wahl ist Verrat !



HUGIN

GESELLSCHAFT FÜR
POLITISCH-
PHILOSOPHISCHE
STUDIEN E. V.

Richard Schepmann

Wahl ist Verrat !

Die juristische Prüfung vor Drucklegung dieser Schrift gewährleistet, daß keine strafrechtlichen Bestimmungen gemäß STGB verletzt werden.

Vertrieb durch HUGIN, Gesellschaft für pol., phil. Studien e. V., W-5802 Wetter-Ruhr 4, Postfach 13.
Eigendruck

Schutzgebühr:	1 Heft	4,- DM
	ab 10 Hefte je	2,- DM
	ab 50 Hefte je	1,50 DM

Konten:
Postscheckkonto
Dortmund 1750 20-462
(BLZ 440 100 46)

Volksbank Witten
Nr. 700 3102 100
(BLZ 452 600 41)

Deutschland seit 1945 besetzt und geteilt!

Die feindliche Übermacht, vor allem aber der Verrat, führten 1945 zur militärischen Besetzung Deutschlands und am 8. Mai 1945, zur Kapitulation der Deutschen Wehrmacht; **nicht** des DEUTSCHEN REICHES (sehr wichtig!).
Erst am 23. Mai 1945 wurde die letzte Reichsregierung Dönitz, Sitz Flensburg, in einem völkerrechtswidrigen Akt und unter entwürdigenden Umständen (Hände hoch und Hosen runter) von den alliierten Besatzern in Gefangenschaft verbracht und dadurch die Fortführung ihrer Regierungstätigkeit gewaltsam unterbunden, obwohl diese letzte Reichsregierung noch vom 8. bis 23. Mai 1945 im völkerrechtlichen Geschäftsverkehr mit den Besatzungsmächten gestanden hat. Seitdem herrscht Besatzungswillkür bis auf den heutigen Tag!

In der Folge wird Deutschland von den vier Hauptbesatzungsmächten in vier Zonen aufgeteilt, Österreich abgetrennt und damit der von Adolf Hitler 1938 vollzogene völkerrechtmäßige 'Anschluß Österreich' auf illegale Weise rückgängig gemacht. Ferner die deutschen Gebiete jenseits der Oder/Neiße gewaltsam abgetrennt und unter polnische, tschechische und sowjetische Verwaltung gestellt. Die Masse der deutschen Zivilbevölkerung dort, entweder bestialisch ermordet oder von Haus und Hof vertrieben.

Um die brutale Besatzungswillkür und -lage zu vernebeln, gründeten die drei westalliierten Besatzer -nicht das Deutsche Volk- durch Zusammenlegung der drei westlichen Besatzungszonen (vom Volksmund damals 'Trizonesien' genannt) die sogenannte 'Bundesrepublik Deutschland'(BRD).
Einen ähnlichen Volksbetrug vollzogen die Sowjets in der vierten Besatzungszone und gründeten auf mitteldeutschem Boden die 'Deutsche Demokratische Republik' (DDR).

Die unter Besatzungsabhängigkeit illegal aufgestellte 'Bundeswehr' wurde, über die NATO, der westlichen Führungsmacht USA unterstellt und die 'Volksarmee' der DDR, über den Warschauer Pakt, der UdSSR. So schafft man Söldnerheere unter fremdem Oberbefehl!

Wohlgemerkt, diese 'Staatengründungen' erfolgten nicht **nach** Abzug der Besatzungstruppen und nicht **nach** Abschluß eines Friedensvertrages, sondern innerhalb der für Deutschland bis heute fortdauernden Kriegssituation. Lediglich die während des Zweiten Weltkrieges, ganz oder bis zu einer gewissen Zeit, auf deutscher Seite kämpfenden Staaten wie Japan, Ungarn, Finnland, Bulgarien, Rumänien und Italien erhielten von den Alliierten zwischen 1947-1951 ihre Friedensverträge.
Nur mit Deutschland besteht diese Ausnahmesituation bis zum heutigen Tage:
anhaltender Waffenstillstand und immer noch amerikanische, sowjetische, englische, kanadische, polnische, holländische, belgische Besatzungstruppen auf deutschem Boden. In dieser Aufzählung sind nur die Wesentlichsten genannt. Finanzierungszwang der Besatzungstruppen durch den deutschen Steuerzahler gemäß Grundgesetz, Artikel 120 in der BRD und ähnliche Regelungen in der DDR!

Die Alliierten bezeichnen sich zwar seit 1945 selbst als 'Siegermächte', aber in Bezug auf den Kriegsgegner Deutsches Reich, steht der Sieger noch nicht fest (demgemäß müssen wir bis zur Stunde noch bei der Bezeichnung Besatzer und Besatzungsmächte, statt Siegermächte bleiben!).

Merke:
Kein charakterlich sauberes Volk, beugt sich solchen Zuständen !

Bundesverfassungsgericht:
DEUTSCHES REICH besteht fort.

Das besatzungsunterstellte 'Bundesverfassungsgericht' in Karlsruhe, war in mehreren Grundsatzurteilen letztmalig am 31. 7. 1973 genötigt, die wahre rechtliche Lage Deutschlands einzugestehen, als es wie folgt formulierte:

Das Grundgesetz geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation, noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte, noch später untergegangen ist...
(Okkupation bedeutet: Besetzung fremden Staatsgebietes und widerrechtliche Ausübung der Staatsgewalt.)
Das Deutsche Reich existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit (!) **ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe, selbst nicht handlungsfähig**..."** (Quelle: 'Frankfurter Rundschau', Tagesztg. Ffm, 15. Juli 1989, S.4)

**: Welch ein Besatzungshohn! Man verhaftet die letzte Reichsregierung Dönitz 1945 in Flensburg, ferner sämtliche noch greifbaren Führungskräfte des Reiches, stellt sie vor ein Willkürgericht der Alliierten in Nürnberg ('Nürnberger Tribunal') und andere 'Gerichte', wie Landsberg, verurteilt einen Teil zum Tode und sperrt die anderen auf Jahre und Jahrzehnte ein. Später erklärt man dann höhnisch, die Reichsregierung war nicht mehr 'handlungsfähig'. Hier folgt das BVG sinngemäß der Ausgangsbehauptung der vier Hauptbesatzungsmächte in deren 'Berliner Erklärung' vom 5. Juni 1945: ihre Machtübernahme sei notwendig, weil es in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde mehr gäbe.

Sofern also nach 1949 besatzungsabhängige Medien

oder sogenannte Bundespräsidenten, Bundeskanzler, Bundes- und Landtagsabgeordnete, sonstige Politiker **sämtlicher** Parteien von sogenannt links bis sogen. rechts, von SPD bis NPD, von CDU bis Republikaner usw. von 'freiheitlichem Rechtstaat', von 'freiheitlich demokratischer Grundordnung', von 'freien Wahlen' tönen und posaunen und über diesen Wortbetrug das Volk zur Wahlbeteiligung animieren, war das und ist das bis heute, in höchstem Maße betrügerisch. Denn:

Merke:
In keinem militärisch besetzten Land, gibt es freie Wahlen!

Daher ist die Beteiligung an **illegalen** Wahlen so selbstbetrügerisch, wie die Inszenierungen derselben völkerrechtswidrig und verlogen sind!

Merke:
Ein Volk, das im Besatzungszustand wählt, bekennt sich zum Feind und nicht zu Volk und Vaterland!

Alle Besatzungsregime sind illegal!

Das Deutsche Reich, bzw. das Dritte Reich besteht also vom 30. Januar 1933, dem Tag seiner rechtmäßigen Gründung, bis zum heutigen Tage juristisch und völkerrechtlich fort (in den Grenzen bei Kriegsbeginn).
Schon jedes Schulkind wird verstehen, daß auf ein und demselben Staatsterritorium nicht übereinander mehrere Staaten gleichzeitig ihre Existenzberechtigung haben können! Somit können auf dem Territorium des Deutschen Reiches, nicht noch zusätzlich die von den Besatzern aufgezwungenen, zudem durch und durch volksfeindlichen und höchst volksschädlichen Regime BRD, DDR und Republik Österreich, legal und rechtmäßig sein. (Allein schon aus dem oben zitierten BVG-Urteil ist das die logische Schlußfolgerung.)

All ihre Gründungen, politischen, wie militärischen Verträge, eingegangenen Verpflichtungen und Handlungen, wie abgehaltene Wahlen, sind lediglich befristete, jedoch rechtwidrige, illegale Maßnahmen, erzwungen und abgesichert durch mit ABC-Waffen bestückte Panzer, Düsenjäger und Raketen der Besatzungstruppen aller Besatzerländer.

Merke:
Ein Volk, das im Besatzungszustand wählt, versklavt sich selbst und verewigt seine Knechtschaft! ('Helotentum'; auf deutsch: Staatssklaverei.)

Macht kann nur durch Macht gebrochen werden

Nur in militärisch nicht besetzten Ländern können politische Systeme über abzuhaltende Wahlen beseitigt oder schlechte Verhältnisse korrigiert werden. Der Weg, den z.B. Adolf Hitler, mit der NSDAP über freie Wahlen, für seinen Kampf gewählt und der zum 30. 1. 1933 geführt hat, war nach 1945 nicht mehr möglich! Das sei deutschen Patrioten wohlwollend gesagt, die glauben, einen ähnlichen Weg heute noch beschreiten zu können. Eine **völlig** veränderte Lage, erfordert, um die Not zu wenden, völlig andere Strategien!
In jedem besetzten Land sind die Parlamente, die Parteien mit ihren Wahlen, wie die Politiker, den Besatzern und ihren Panzern unterstellt und nicht umgekehrt. Wie die Geschichte lehrt, fanden sich zu allen Zeiten und in jedem besetzten Volk, Kollaborateure und Vaterlandsverräter zur Genüge, die die Interessen der jeweiligen Besatzer oder Sieger vertraten; jeweils zum Nachteil des eigenen Volkes. Die extrem hohen Abgeordneten-**Diäten** sind nichts weiter als der moderne Judaslohn, zu zahlen von dem unterdrückten und steuerlich ausgebeuteten Volk.
80-90 % Wahlbeteiligung haucht den Strohpuppen

der Besatzer Leben ein und gibt ihnen ein rosiges, aber dennoch gekünsteltes Aussehen. Der höhnische 'Dank' an die Wähler: Verschleuderung der Steuermilliarden im In- und Ausland.

In dieser Situation ist Zurückhaltung vor **jedem** Wahlgang und vor den Wahlverlockungen **jeder** Partei höchstes Gebot!

Merke:
Wahl-Bleistifte sind keine panzerbrechenden Waffen!

Denn militärische Macht kann nur durch militärische Macht gebrochen werden.
Vor 2000 Jahren war die Situation sehr ähnlich. Römische Legionen standen auf germanischem Boden. Hermann der Cherusker hat wahrlich keinen Bleistift gezückt (für ein Wahlkreuzchen auf einem Fetzen Papier), sondern das Schwert gezogen, um die Legionen des Varus vernichtend zu schlagen. Heil Hermann!
Die auf Besatzungsgeheiß zwangsdemokratisierten Deutschen handeln unter fernhypnotischer Wirkung nach dem Motto: **Wähle deine Feinde und Besatzer.**
Die frühere christlich/sklavische Parole hieß: Liebe deine Feinde, tue Gutes denen, die dich hassen.

Das volksschädliche Grundgesetz!

Das BRD-Regime hat zwar ein 'Verfassungsgericht' mit 'Verfassungsrichtern' und einem dem STASI der DDR ähnelnden 'Verfassungsschutz', aber **keine Verfassung.** Sondern lediglich ein, von den alliierten 'Gewahrsamsmächten' genehmigtes 'Grundgesetz', das einerseits so volksschädlich und andererseits so illegal ist, wie das Regime selbst.

Dieses Grundgesetz, wie zum Hohn am **8. Mai** 1949,

dem 4. Jahrestag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, von einem sogenannten 'Parlamentarischen Rat' **angenommen** (nicht vom Volk) und am **23. Mai** 1949, dem 4. Jahrestag der Verhaftung der letzten Reichsregierung Dönitz, von diesem Rat lediglich dem Volk verkündet, ist die Grundlage, auf der ab diesem Zeitpunkt erzwungenermaßen das politische Leben, wie auch die abgehaltenen Wahlen abgewickelt werden müssen.

> "Die westl. Besatzungsmächte, die auf die Beratungen des Parlament. Rates **intensiv eingewirkt hatten**, **genehmigten** das GG mit Schreiben vom 12. Mai 1949 **mit einer Reihe von Vorbehalten**, die sich insbes. auf den **Vorrang des Besatzungsstatuts** und auf die Rechtsstellung Berlins bezogen", heißt es unter 'Grundgesetz' in Meyers großem Taschenlexikon, Ausg. 1983

Den Japanern erging es fast ähnlich. Ihnen wurde von US-General MacArthur 1946 eine "Friedensverfassung" aufgedrückt (dpa-Bericht vom 17. 11. 1986: "US-General diktierte die Verfassung'). Obwohl Japan mit Vertrag vom 8. 9. 1951 einen 'Frieden' erhielt, blieben sie bis heute an diese Ami-Verfassung gebunden, haben also noch keine volle Souveränität.

Vor jeder illegalen Wahl und vor jeder Wahlbeteiligung, **von der wir dringend abraten**, sollte sich jeder Deutsche darüber im klaren sein, welche im 'Grundgesetz' festgelegten Vorbedingungen an seine Stimmabgabe gekoppelt sind!!!
Entgegen der Wahlpropaganda gewissenloser und egoistischer Parteipolitiker sind die **Wahlen nicht frei**, weil sie erstens unter anhaltender Besatzungssituation veranstaltet werden, wie wir schon sagten und weil zweitens an die Wahlen verschiedene im Grundgesetz festgeschriebene Vorbedingungen geknüpft sind. Ich will mich hier auf einige wenige Beispiele beschränken:

Grundgesetz, Artikel 16,2: **"Politisch Verfolgte**

genießen Asylrecht".

Durch die regelmäßig hohen Wahlbeteiligungen (80-90 %) hat sich das von Politikern und den Medien irregeführte Volk zur Zeit zu diesen illegalen Gesetzen bekannt und damit der Ausländerüberflutung fremdartiger Menschen über den Trick 'Asylrecht' Tür und Tor geöffnet. Bekanntlich haben die hereinströmenden Ausländer und 'Asylanten' hier drei bis fünf Jahre Arbeitsverbot. Mindestens für diesen Zeitraum, wenn nicht länger, muß der steuerzahlende Teil des deutschen Volkes für die sozialen Lasten, für den Lebensunterhalt dieses artfremden Millionenheeres aufkommen. Für die nicht zu brechende Wahlbesessenheit der Deutschen eine indirekte Strafe!!!

Wir sollten uns keine Illusionen darüber machen, für wen dieser besatzungsdemokratische Behördenapparat zu arbeiten hat. Jedenfalls kaum für die Lebensinteressen des Deutschen Volkes! Dennoch wollen wir mal der zuständigen Behörde (Zoll oder Grenzschutz?) wohlwollend unterstellen, sie sei von guten Kräften geführt, sei selbst allmählich der extremen Überfremdung überdrüssig und beabsichtige, die Grenzen dicht zu machen. Aber dazu hätte sie bei den derzeitigen hohen Wahlbeteiligungen für das Asylrecht, für die sonstige Ausländerüberflutung, nicht die geringste Chance!!! Denn in demokratischen Systemen ist niemals die Vernunft das oberste Prinzip, sondern die Mehrheit (einer bewußt irregeführten breiten Volksschicht). Um diese demokr. Mehrheit kommt auch keine Behörde umhin. Darum:

Merke:
Eine Änderung muß auch hier vom Volk ausgehen!

Grundgesetz, Artikel 116,2: **"Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Grün-**

den (Juden, Zigeuner, Neger, usw.) **entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert ..."**

Nun wissen wir aber, nicht allein durch das Grundsatzurteil des BVG vom 31. 7. 1973, daß das Deutsche Reich fortbesteht, damit seine Symbole, seine Hoheitszeichen und seine Gesetze!

Speziell dieser GG Artikel 116 ist ganz offensichtlich gegen verschiedene von der Reichsregierung erlassene Gesetze gerichtet, **die noch bestehen!!!**. (Wie z.B. gegen die Gesetze vom 7. April, 22., 28. u. 29. Sept. 1933; 12. März und 23. Juni 1934; 21. Mai 1935, mit Ergänzung vom 26. Mai 1936; 22. Febr. 1936; 26. Jan. 1937; 1. Jan., 20. Febr., 28. März, 26. April, 7. Mai, 14 u. 20. Juni, 6. und 25. Juli, 30. Nov., 3. Dez. 1938. Sie beinhalten die Einschränkung der Rechte der Juden und anderer artfremder Menschen!

Vor allem aber ist der Artikel 116 gegen das **'Nürnberger Gesetz'** vom 15. September 1935, gerichtet. Das **"Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre"**. Es wurde 1935 auf dem Reichsparteitag der Freiheit in Nürnberg -daher der Name- dem Deutschen Volk feierlich übergeben. Die Schlußworte des Führers an die Abgeordneten des Reichstages, nach der einstimmigen Annahme des Gesetzes, waren die folgenden:

> Meine Herren Abgeordneten!
> Sie haben jetzt einem Gesetz zugestimmt, dessen Bedeutung erst nach vielen Jahrhunderten im ganzen Umfang erkannt werden wird. Sorgen Sie dafür, daß die Nation selbst aber den Weg des Gesetzes nicht verläßt. Sorgen Sie dafür, daß unser Volk selbst den Weg des Gesetzes wandelt. Sorgen Sie dafür, daß dieses Gesetz geadelt wird durch die **unerhörteste Disziplin des ganzen Deutschen Volkes**, für das und für die Sie verantwortlich sind!"

Da Juden, Zigeuner, Neger usw. weder deutschen noch artverwandten Blutes sind, sind sie niemals Volksgenossen und waren, dem entsprechend, ab 1935 weder Staatsangehörige, noch Staatsbürger und konnten erst recht keine Reichsbürger werden, sondern unterstanden ab da der Fremdengesetzgebung, wodurch ihnen die Bekleidung öffentlicher Ämter usw. in Zukunft untersagt war.

Merke:
Das Deutsche Reich besteht fort, somit auch diese Reichsgesetze!

Das bedeutet, die Bekleidung öffentlicher Ämter usw., durch Juden und andere artfremde Menschen, ist besatzungsbedingte Willkür und daher illegal. Politische Entscheidungen und geschaffene Gesetze unter Mitwirkung oder Auftrag jener, sind rechtsunwirksam! Man denke auch an polit. Verurteilungen durch jüd. Richter.

Diese wichtigen Schutzgesetze sind allgemein üblich und ganz natürlich. Man stelle sich vor, Deutsche hätten ab morgen vor, in Israel einzusickern, wollten Rechtsanwälte, Richter, Staatsanwälte und hohe Regierungsbeamte werden. Versuchten allmählich die dortige Wirtschaft, die Banken und Parteien zu kontrollieren, nähmen letztendlich noch jüdische Namen an, verkleideten sich dementsprechend und würden im Radio, Fernsehen oder im Knesset erklären: Durch die unvorstellbaren Verbrechen am Deutschen Volk, haben wir Juden große Schuld auf uns geladen. Nicht nur wir, sondern noch unsere Kinder bis ins vierte und fünfte Glied, müssen den Deutschen Wiedergutmachung zahlen, das sei uns Mahnung und Verpflichtung zugleich. (Lediglich ein Gedankenspiel).
Würde eine solche Unterwanderung durch Deutsche, von Israel zugelassen? Selbstverständlich nicht!

Die Besatzungs- und Emigrantenpresse hat nach

1945 in massivster Weise gegen die obigen Schutzgesetze, vor allem gegen das 'Nürnberger Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre' unter dem Schlagwort 'Nürnberger Rassegesetze' auf übelste Weise gehetzt und aufwieglerisch Stimmung gemacht. Ist es nicht Sache der Deutschen, welche Gesetze sie sich im eigenen Lande schaffen?

Das Deutsche Volk bildet keine eigene Rasse. Es setzt sich vielmehr aus verschiedenen Rassen zusammen, wie z.B.: die Nordische, die Fälische, die Dinarische usw. Somit ist es falsch über 'Rassegesetze' zu zetern. Es waren und bleiben Volks- und Blutschutzgesetze, die in erster Linie gegen artfremde Völker und artfremdes Blut gerichtet waren. Wogegen der größte Teil der europäischen Völker mit uns art- und blutsverwandt war und heute noch zum großen Teil ist.

> "Dem deutschen Blut kann daher unbedenklich auch das Blut derjenigen Völker gleichgestellt werden, deren rassische Zusammensetzung der deutschen verwandt ist. Das ist durchweg bei den geschlossen in Europa siedelnden Völkern der Fall. Das artverwandte Blut wird mit dem deutschen nach jeder Richtung hin gleich behandelt. Reichsbürger können daher auch die Angehörigen der in Deutschland wohnenden Minderheiten, z.B. Polen, Dänen usw., werden", sofern sie deutschen oder artverwandten Blutes sind und durch ihr Verhalten den Willen und die Eignung zum Dienst am deutschen Volke bekunden; heißt es in dem Artikel: "Die Bedeutung der Nürnberger Gesetze", aus: 'Der Schulungsbrief', Nr. 6, Juni 1939, Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP.

Allein die Tatsache, daß in der Waffen-SS Freiwillige aus über 25 Ländern gedient haben, beweist, daß die Gesetze nicht zum Zwecke der Intoleranz geschaffen wurden, sondern zum Schutz des Blutes und gegen Fremdherrschaft.

Kommen wir wieder zurück auf das Grundgesetz. Wenn selbst national gesinnte Deutsche auf der Grundlage von Artikel 16 und 116 zur Wahl schreiten, stellen sie sich jedenfalls gegen die bestehenden Reichsgesetze, treten die Volks- und Blutschutzgesetze mit Füßen, befürworten die Überflutung durch völlig art- und wesensfremde Menschen und müssen folgerichtig auch die Frechheiten und Bevormundungen durch diese hinnehmen. Denn bei 80-90 % Wahlbeteiligung kann **nicht nur** gesagt werden: **Die da in Bonn ...**, denn die Einwilligungen zu dem üblen Treiben dort, hat der Wähler gegeben. Den Besatzungs- und Fremdmächten kann es doch völlig gleichgültig sein, ob wir unsere Einwilligungen (z.B. zu GG-Artikel 16 und 116) über die Wahl der SPD oder NPD, der CDU oder Republikaner geben! Wichtig in diesem Punkt, kann jenen nur die hohe Wahlbeteiligung, die hohe Zustimmung zu dem volkszerstörerischen und -ausbeuterischen Treiben sein. Ohne jeden Zweifel steht mir gedanklich ein NPD-Wähler weitaus näher, als diese liierten und volksschädigenden Politiker von CDU/SPD/FDP. Aber wir wählen in erster Linie ein Regime, erst viel später eine Partei, von der jeder annimmt, es sei **seine** Partei.

Merke:
Wesentliche Mitschuld an derzeitigen chaotischen Zuständen tragen alle Wähler aller Parteien!

DER SPIEGEL, Nr. 21/1981

Die Demokratie ist eine Erfindung der Juden, damit sie die Bevölkerung leichter ausplündern können. Die Demokratie ist ...der Beginn des Untergangs und schafft den besten Nährboden für das Eindringen des Kommunismus.

"NPD-Richtigstellung
...Wir Nationaldemokraten bekennen uns aus innerer Überzeugung heraus zur parlamentarischen Demokratie. (Also zum Besatzungs- und Fremdenregime; Anmerkung HUGIN) ...
Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands ist eine politische Partei im Sinne von Artikel 21 des **Grundgesetzes (!)**. Sie steht ohne Vorbehalt auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. ..."
Unterschrift: Norbert Schützinger, Bundesgeschäftsführer und stellvertretender Parteivorsitzender; aus: 'Deutsche Monatshefte, März 1985.

In einer Erwiderung auf einen Leserbrief heißt es in dem Artikel: 'Faust in der Tasche' abschließend: "Zur Klarstellung: Die NPD bekennt sich vorbehaltlos zur parlamentarischen Demokratie und den Werten des **Grundgesetzes.**" Aus: 'Die Stimme', 8. 10. 1986.

Dieses aufschlußreiche, aber übliche Bekenntnis könnte von jeder anderen besatzungsdemokratischen Partei stammen; von links bis rechts!

Merke:
Enthaltsamkeit an der richtigen Stelle geübt, ist besser, als jede falsche oder volksschädliche Handlung.

Daß wir mit unserer Wahlbeteiligung z.B. auch die Zustimmung zu dieser seit Jahrzehnten betriebenen modernen Art von Hexenverfolgung geben, müßte jetzt auch jedem klar sein. Ich meine, die Möglichkeit zur fast wahllosen, terrorartigen Verfolgung aller Deutschen und Nationalsozialisten bis zum Exzeß, die während des Krieges, jeder an seinem Platz, nichts weiter als ihre Pflicht erfüllt haben. Die selbstverständlichste Pflicht der Welt, die bislang noch jedes Volk, in jedem Krieg, erfüllt hat und erfüllen mußte: die Vaterlandsverteidigung!
Aber ich meine auch diese Art moderne Hexenver-

folgung gegen fast jede deutsche Regung nach 1945: Auflehnung gegen die Besatzungswillkür; Aufklärung über unsere wahre Lage; Widerlegung der aufgetürmten grandiosen Lügengebäude usw., usw. (Inzwischen ist, selbst ganz offiziell, die unverschämte Anklage des Polen-Papstes weitgehendst entlarvt worden. Der letzte angemaßte 'Stellvertreter Gottes auf Erden', hatte -1979 in Birkenau aufgekreuzt- ebenfalls erklärt, wir Deutschen hätten dort in Auschwitz, 4 Mio. Juden vergast und ermordet!).
Die vielen aufrechten deutschen Menschen, mit den übelsten Rufmordpraktiken der Medien, als 'Nazis' und 'Neo-Nazis' verteufelt, wurden von einer überwiegend deutschfeindlichen 'Justiz' in den Besatzungsregimen, in der BRD über die eigens dafür geschaffenen Strafgesetze, wie z.B. STGB § 85, 86 und 86a, brutal verfolgt und abgeurteilt (siehe auch GG-Artikel 139). Durch die stets mehr als 50 %igen Wahlbeteiligungen, fühlte sich diese Fremdenjustiz in ihrer oftmals mafiosen Vorgehensweise noch bestärkt.

Die Aufgabe der verschiedenen Parteien.

Um alle politisch, internationalen Strömungen -die zuvor in jahrzehntelangen, ja jahrhundertelangen Prozessen anerzogen wurden, nach dem Prinzip: teile und herrsche- erfassen zu können, bedarf es verschiedener Parteien, für Liberale, Marxisten, Christen, Sozialdemorkaten usw.
Für die beabsichtigten volkszerstörerischen Prozesse, vermittels Ausländerüberflutung und propagierter Gleichmacherei, bedarf es hoher Wahlbeteiligungen, also hohe Mitverantwortung für die gewollte Bastardisierung, zur Schaffung einer 'multikulturellen Gesellschaft', wie in Amerika und anderen 'demokratisch' gesteuerten Ländern schon lange praktiziert. Das Ziel ist die globale Zerstörung der Weißen Rasse.

Ein geringer Teil unseres Volkes war -trotz der massiven Medienhetze- nicht mit dem internationalistischen also zerstörerischen Gedankengut zu zersetzen. Es blieb sich selbst, seinem Volk und seiner Art, auch nach 1945, innerlich treu. Um auch diesen, dem Regime eventuell gefährlich werdenden Teil des Volkes zu erfassen und ins System einzubinden, wurden, wenn auch ungerne, Parteien mit nationalem Gedankengut zugelassen. Lediglich die NSDAP, mit ihrem tatsächlich durch und durch deutsche Interessen vertretenden Parteiprogramm blieb -wie könnte es auch anders sein- seit 1945 verboten. Von den Feinden unseres Volkes wurde alles nach dem Gesichtspunkt angelegt: Ihr dürft zwar wählen; **aber** nur die von uns zugelassenen Parteien, und **nur so**, daß es euch grundsätzlich schadet!!!

Mit zunehmender Verschlechterung unserer Situation, stieg in den letzten 10-15 Jahren das nationale Bewußtsein in Deutschland wieder an. Die Wählermassen liefen den Parteien mit internationalistischem Gedankengut mehr und mehr weg - nicht zuletzt durch politische Aufklärungsarbeit aktiver nationaler Einzelkämpfer und kleiner Gruppen. Das Internationale Judentum und die diesem unterstellte internationale Freimaurerei (Geheimbund) und andere halbgeheime bis offene Organisationen mit gleicher Zielsetzung, sahen sich nun gezwungen, weitere auf 'national' getrimmte Parteien zuzulassen, bzw. selbst zu gründen, um so die davongelaufenen und wahlmüde gewordenen Deutschen, durch die Hintertür erneut für die Wahlbeteiligung und für das volkszerstörerische, besatzungsunterstellte Regime einzufangen. Dank dieser auf 'national' getrimmten neuen Parteien, konnte die Wahlbeteiligung bei 80-90 % gehalten werden. Mit solchen Methoden steuern unbemerkt die anonymen Mächte!

Die Republikaner wollen Ausländer zu deutschen

Staatsbürgern machen, laut einem Flugblatt ihres Landesverbandes Berlin von Januar 1989:

"Wenn Ausländer politisch integriert werden wollen, müssen sie die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen!
Deshalb meinen die Republikaner: Wer wählen will, soll zunächst deutscher Staatsbürger werden."

Merke:
Auch zugelassene demokratische Parteien, mit nationalem Gedankengut als Köder, sind ein Rad im zerstörerischen Getriebe!

Andere Länder, andere Sitten!
Türken haben bei uns zum Teil mehr Rechte als Deutsche; in der Türkei wäre es umgekehrt:


Münchner Merkur
Bemerkt – notiert

„Dieses ist ein Land der Türken. Wer nicht rein türkischer Herkunft ist, hat nur ein einziges Recht, das Recht, Sklave zu sein."
Mehmut-Esat, früherer türkischer Justizminister, über seinen Staat. 26.07.89

Die Parteien mit nationalem Gedankengut zeigen die gleichen Farben: schwarz/rot/gold, wie die ganz offen antideutsch agierenden übrigen Parteien. Unter diesen Farben operiert die rote, die schwarze und die goldene Internationale schon seit dem vorigen Jahrhundert unheilvoll in Deutschland.
Gleichfalls am 15. Sept. 1935 wurde in Nürnberg das Reichsflaggengesetz verkündet und vom Reichstag angenommen. Ab diesem bis zum heutigen Tag, ist die schwarz/weiß/rote Hakenkreuzfahne die offizielle Fahne des Deutschen Reiches. Mit der Besetzung Deutschlands und der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, 1945, wurde von deutscher Seite die Fahne eingerollt, aber gleichzeitig auch von den Besatzern in der Öffentlichkeit ver-

boten. Sie kann jedenfalls zur Zeit nicht für falsche Ziele mißbraucht werden. Hätten wir es bei diesen 'besatzungsnationalen' Parteien in Wahrheit mit nationalen Parteien zu tun, sie hätten sich der Nationalfarben des Zweiten Reiches, des Bismarck Reiches bedient, nämlich schwarz/-weiß/rot, statt schwarz/rot/senf.

Merke:
Schon an den Fehlfarben kann man sie erkennen!

Personalausweise für "staatenlose Gesellen"?

Jeder Deutsche -sofern er deutscher Abstammung und deutschen Blutes ist(!)- ob nun 1 Jahr, 25 Jahre, 50 Jahre oder älter, ist aufgrund der dargelegten juristischen, wie völkerrechtlichen Situation, nach wie vor Staatsbürger des Deutschen Reiches. Nach der Besetzung Deutschlands und nach der 1949 erfolgten widerrechtlichen Aneignung der Macht durch eine besatzungsdemokratische Clique, wurde jedem deutschen Staatsbürger -jedenfalls hier in der Besatzungszone West- der rechtmäßige Personalausweis entwendet und ein pseudorechtlicher 'Bundespersonalausweis' aufgezwungen. (Auf ähnliche Weise wurde uns ja 1948 die werthaltige Reichsmark abgenommen, wodurch wir genötigt waren, die 4o,- + 20,- DM Trinkgeld anzunehmen.) 'Währungsreform' genannt.

In jedem Staat der Welt, wird dem Inhaber eines Personalausweises darin unter anderem auch die Staatsangehörigkeit bescheinigt. Einem Franzosen: 'Republique Francaise', dem Engländer: 'Great Britain', dem US-Amerikaner: 'United States of American' und dem entsprechend in anderen Ländern.
Nur der besetzte und entrechtete Deutsche muß sich auch hier wieder eine Sonderbehandlung gefallen lassen und bedauerlicherweise tut er es

auch! Sein Ausweis hat ihn regelrecht zum 'staatenlosen Gesellen' herabgewürdigt, denn ihm wird nun nicht mehr bescheinigt, welchem Staat er angehört. Unter der 'Staatsangehörigkeit' wird bei ihm lediglich 'deutsch' eingetragen. Ein Trick um die allein rechtmäßige Eintragung zu umgehen! Denn mit deutsch, spanisch, russisch, italienisch drückt man die Volkszugehörigkeit aus. Damit gibt man die Abstammung an, nicht jedoch den Staat, dem der Auszuweisende angehört.
Nun haben wir aber gesehen, einen Staat 'Bundesrepublik Deutschland' kann es nach dem internationalen Völkerrecht auf dem Territorium des rechtmäßig fortbestehenden Deutschen Reiches nicht geben. Ein Staat über einem anderen Staat, das ist rechtswidrig, das ist schon Besatzungsidiotie! Das wissen auch die in Bonn. Folglich konnte unter 'Staatsangehörigkeit' nicht die BRD eingetragen werden. Ob die Logenbrüder in Bonn uns nun in voller Absicht zu staatenlosen Gesellen degradiert, oder sich lediglich nicht getraut haben uns die tatsächliche Staatsangehörigkeit, nämlich DEUTSCHES REICH, zu bescheinigen, das wissen die Götter. Die böse Absicht ist jenen schon eher zu unterstellen, denn andernfalls hätte man uns ja nach 1945 die Reichsausweise belassen können.
Auf allen Gebieten die fast gleiche Absicht: Alles was auf die legale staatsrechtliche Lage, also an die Vorbesatzungszeit erinnern konnte, mußte radikal beseitigt und ausgemerzt werden. Nur so konnte das Volk der Deutschen gänzlich seiner hohen Werte auf allen Gebieten beraubt, allmählich eingeschläfert und aus Deutschland ein lebender Leichnam gemacht werden (wenn wir mal vom rein wirtschaftlichen absehen).
In Mitteldeutschland (noch DDR) und in der deutschen Ostmark (noch Republik Österreich) wird man ähnlich vorgegangen sein. Ob auch mit den Ausweisen, entzieht sich zur Zeit meiner Kenntnis.

**Die Europawahlen;
für Deutsche illegal!**

Schon seit Jahren nimmt der westliche Teil Deutschlands an den Europawahlen in Straßburg bzw. Luxemburg teil.

Wie wir schon erklärten, sind die in Deutschland innerhalb der anhaltenden Besatzungs- und Kriegsphase abgehaltenen Wahlen illegal. Illegal bis zum Abzug sämtlicher Besatzungstruppen, bis zur Beseitigung des Grundgesetzes, bis zur Inhaftierung und Aburteilung des organisierten Volksverbrechertums in Bonn, Wien und Pankow usw. Ferner bis zum Abschluß eines Friedensvertrages, allerdings nur mit den rechtmäßigen Vertretern des Reiches und letztlich bis zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches selbst. Bis zu diesem Zeitpunkt sind auch die Abhaltung und der Aufruf zu den EG-Wahlen rechtswidrig und illegal; wie auch die dortige Wahlbeteiligung.

Es muß doch für jedes deutsche Rechtsempfinden haarsträubend sein, zu beobachten, wie ein Besatzungsteilstück (BRD), demnächst noch ein zweites (DDR), außerhalb des Landes, außerhalb des Deutschen Reiches, zu Wahlen herangezogen wird. Wahlen können nur unter gleichberechtigten Partnern abgehalten werden. Hier handelt es sich aber um Wahlen, bei denen 'Partner', also Länder auftreten, die uns gegenüber noch als Besatzer fungieren, die noch Besatzungstruppen in Deutschland stationiert haben, wie England, Frankreich, Holland, Belgien usw. Oder Länder, wie z.B. Italien, die ebensowenig wie die zuvor genannten, ihre Kriegserklärung (Italien an Deutschland: 13. Okt. 1943) zurückgezogen haben, geschweige denn, einen Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich in der Tasche, oder zumindest einen solchen angeboten haben. Wie können wir uns zur Zeit mit solchen 'Partnern' an einen gemeinsamen Tisch

setzen und gemeinsame Wahlen abhalten? Ich will damit sagen, die Deutschen werden dort, in der EG, zur Zeit doch nur als die 'Kriegsverlierer', als die Besetzten und Entrechteten betrachtet und auch so behandelt. Das heißt, Schrumpfdeutschland wird auch dort nur als Ausbeutungsobjekt mißbraucht. Was an unzähligen Beispielen nachgewiesen werden könnte!!!

Was sind das nur für Parteien, die die deutschen Wähler in unserer derzeitigen Situation, nach Straßburg, Luxemburg und Brüssel, zur Ausbeutung, zum Aderlaß führen?
Wem also bisher noch nicht klar geworden ist, daß die auf national getrimmten Parteien im Interesse unserer Feinde gesteuert werden, um die nationalen Kräfte in Deutschland unter Kontrolle und im Griff zu behalten und über die Wahlbeteiligungen zum eigenen Nachteil zu verleiten, dem muß doch zumindest bei den EG-Wahlen klar werden, daß hier berechtigte deutsche Interessen mit Füßen getreten werden. Irgendeine an den EG-Wahlen beteiligte Partei, noch als 'nationale' zu bezeichnen, setzt erhebliche politische Unkenntnis vorraus.

Wenn der Sozialdemokratie, dem Liberalismus und der Christdemokratie in Bonn, die Zerstörung des Mittelstandes, speziell Handwerk und Bauernstand -übrigens einer der Programmpunkte von Karl Marx- - bisher noch nicht gänzlich gelungen ist, so wird es ihnen über den Umweg EG mit Sicherheit gelingen. Weil die Institutionen der EG außerhalb unseres Landes liegen, sind auch unsere Einflußmöglichkeiten dort, noch geringer als schon in Bonn. Das nur am Rande.

Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft wurde schon vor Jahren ein Vertragswerk unterzeichnet, demzufolge ab 1992 oder 1993 (?) die Freizügigkeit des Wohnsitzes für jeden Staatsbürger aller EG-Mitgliedländer garantiert ist. Das bedeutet, jeder Engländer, Franzose, Deutsche, Belgier,

Holländer, Grieche usw., kann sich in allen anderen Mitgliedsländern frei niederlassen. Das sind doch alles noch europäische Völker, wird man vielleicht einwenden.
Da aber schon vor Abschluß des Vertragswerkes, die ehemaligen europäischen Kolonialvölker -auf Betreiben der Hintergrundmächte- ihren Negern die Einreise und den dauernden Aufenthalt, also die Wohnsitznahme im sogenannten Mutterland ebenfalls vertraglich garantiert haben, so können Neger aus ehemals Belgisch-Kongo -über das ehemalige Mutterland Belgien- bald auch in England oder Deutschland einwandern und ihren Wohnsitz nehmen und als Sozialhilfeempfänger leben; selbstverständlich auf unsere Kosten. Ebenso können Neger, z.B. aus ehem. Franz.-Westafrika -über Frankreich- auch in Belgien, Deutschland, England einsickern, usw.
Wir sehen also, die internationale höchst kriminelle Politik zielt auf die Zerstörung ganz Europas ab, zur Schaffung eines neuen Babylon. Ein neues Sodom und Gomorrha nicht nur in USA, bald auch in Südafrika und Europa. Man beabsichtigt, bzw. wir sind schon mitten drin in diesem Prozess, jedem einzelnen Kulturvolk Europas das totale Chaos zu bescheren, es seiner nationalen, völkischen Eigenart und Selbständigkeit restlos zu berauben. Dieser Großbetrug wird zusätzlich über die EG inszeniert, unter Beteiligung 'nationaler' Parteien. Man kann gar nicht oft genug darauf hinweisen und davor warnen! Von welchen Subjekten werden solche Parteien wohl geführt? Von welchem Gedanken geleitet? Niemals von einem nationalen!

Die deutsche Beteiligung bei den EG-Wahlen lag, wenn ich mich nicht täusche, regelmäßig bei über 50 %. Jedenfalls 1979, bei der ersten Wahl bei 65,7 % und speziell den 'nationalen' Parteien kommt bei der Wahl 1989 der zweifelhafte 'Verdienst' zu, die Beteiligung bei knapp über 50 % gehalten zu haben. Das ist die Mehrheit. Damit ha-

ben die Wähler auch über die EG-Wahlen die Weichen für die nächste Ausländerflut gestellt.

Merke:
Die natürliche Trennungslinie liegt nicht zwischen dieser und jener Partei, sondern zwangsläufig zwischen Wähler und Nichtwähler.

Diese Anführer der 'nationalen' Parteien, diese Anstifter zu den Wahlen, ich würde sie noch respektvoll Parteiführer nennen, wenn sie ihre Partei nur als Organisationsform benutzt und in all den Jahren, statt zur Wahl, zum Wahlboykott aufgerufen hätten; in der BRD, wie innerhalb der EG.

Merke:
Parteien, die zwecks nationalem Wählerfang 'Deutschland den Deutschen' nur heucheln, sind uns gefährlicher als gegnerische Parteien.

Der Tag wird kommen, wo wir dem Schicksal danken, daß alle Europa-Wahlen so illegal wie alle Besatzungs-Wahlen waren und sind; und alles rückgängig gemacht werden kann und muß!

"Wiedervereinigung" der Verrat am deutschen Osten.

Im Zusammenhang mit den alliierten Rückzugsgefechten, hat es seit dem 9. Nov. 1989 (Öffnung der Besatzungsmauer in Berlin) deutlich sichtbare Veränderungen geben, wie z.B. Beseitigung der Mauer, sowie des Todesstreifens zwischen BRD und DDR, ferner die bis jetzt erst halbherzige Entmachtung der kriminellen SED.

Unter massivem Druck höherer Macht, sahen sich darüber hinaus, die Sowjets, die Amis und die übrigen Besatzer ebenfalls gezwungen, ab 1986 die Truppenreduzierung, den Abbau der Militäranla-

gen, sowie die Verschrottung bestimmter Waffengattungen öffentlich zu verkünden. Äußerst ungerne und sehr schleppend begann man allerdings erst ca. 1988/89 damit, diese allseits überraschenden Ankündigungen in die Tat umzusetzen. Somit dürfte sich der größte Teil fremder Truppen auch jetz noch in Deutschland befinden.

Die zur Zeit schleppend inszenierte 'Wiedervereinigung' ist nichts weiter als die Zusammenfügung zweier Besatzungsdiktaturen auf dem Boden des Deutschen Reiches. Zwei vor Jahrzehnten bewußt als Gegensätze geschaffene Systeme, BRD und DDR, die als solches noch nie zusammengehört haben, werden nun zu einem neuen Regime unter Steuerung der gleichen volkszerstörerischen Machtcliquen zum 'vereinten Deutschland' mehr zusammengeschustert, als zusammengefügt.
Abgesehen von dem Vorteil für uns, als Volk allmählich wieder zusammen wachsen zu können, hat die HUGIN-Gesellschaft schon 1987 in der Schrift: 'Deutschland; Besetzt wieso? Befreit wodurch?', vor einer Nur-Wiedervereinigung gewarnt, ohne damals schon konkret wissen zu können, was jetzt geschieht.

Der neue, nicht zu übersehende Betrug an Deutschland, ist die mit Vertrag vom 12. Sept. 1990 beabsichtigte 'entgültige Abtretung' aller Gebiete, die außerhalb der Grenzen der BRD und DDR liegen!!! 'Grenzen', die vor Abschluß eines Friedensvertrages von den Besatzern diktiert und geschaffen wurden, sollen nun vertraglich anerkannt sein.
Dieser neue Besatzungs- und Willkürakt der 'entgültigen Abtretung', umfaßt alle deutschen Gebiete, die auf dem Titelblatt dieser Schrift rot markiert sind. Gebiete, die teils nach dem I. und teils nach dem II. W.K. geraubt oder, wie im Fall Österreich, abgetrennt wurden.

Merke:
Wer jetzt im neuen Schrumpf-Deutschland wählt, bekennt sich auch zu diesem Betrug!

Seien **wir** indes unbesorgt. Dieser **Vertrag** ist schon deshalb für das Deutsche Volk, wie für das Deutsche Reich **rechtlich ohne Bedeutung**, weil er lediglich zwischen den 4 Hauptbesatzungsmächten, sowie der BRD und DDR geschlossen wurde ('Zwei plus Vier' Verhandlungen). Denn die Ziehkinder BRD und DDR sind willkürliche, illegale Schöpfungen der Besatzer. Auf deutsch gesagt, die Alliierten haben mal wieder einen Vertrag mit sich selbst geschlossen und das ist: **kein Vertag**. Dieser **Nicht-Vertrag**, völkerrechtlich gesehen, verpflichtet lediglich die BRD+DDRler, bzw. das 'neue' Schrumpf-Deutschland, einerseit unwiderruflich und endgültig auf alle oben genannten deutschen Gebiete zu verzichten, andererseits machen aber die Alliierten selbst nur schwammige unklare Zusagen hinsichtlich des weiteren Abzuges ihrer Truppen. Die DDR wird aus der sowjetischen Knute entlassen und mit uns (wie bisher) der NATO und damit indirekt den Amis unterstellt, denn der Vertrag enthält die Verpflichtung für das neue Schrumpf-Deutschland, auch weiterhin **einem 'Bündnis'** (natürlich der Alliierten) anzugehören.

Weder mit dem Deutschen Volk noch mit dem Deutschen Reich hat dieser Vertrag irgend etwas zu tun. Ebensowenig war er notwendig, denn die Besatzer **müssen so oder so abziehen, über kurz oder lang!**

Die Sowjets und die SED haben das Volk in Mitteldeutschland bekanntlich bis auf die Knochen ausgebeutet. Der jetzt in Vorbereitung befindliche Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD: 'Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit', zielt ganz offensichtlich darauf ab, jetzt über uns die parasitäre Ausbeutung

fortzusetzen um so den sich deutlich Abzeichnenden Zusammenbruch der UdSSR als Staat, zu verzögern. (Vertragstext wurde u. a. in der FAZ, vom 14. 9. 90 wiedergegeben).

Der organisierte Bonner Taschendiebstahl, über die Steuer, die Rente und über andere Abgaben, durchgeführt von 'Beamten', abgesichert durch eine 'Justiz' (nebst Gerichtsvollziehern) unter dem Zwang einer 'Polizei', nimmt zur Zeit noch brutalere Ausmaße an und bewegt sich im Bereich astronomischer Summen.

Für die fast schon hysterischen Kriegsabsichten der Amis am Golf, zahlt Kohl aus unseren Taschen 3,3 Milliarden, obwohl von den Amis selbst nur 1 Mrd. erwartet wurde. Ob er schon gefragt wurde, ob und wenn ja, wieviel Provision auf sein eigenes Konto geflossen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Christdemokraten unter Strauß wie Kohl, haben vor Jahren schon Milliardensummen dem Banditen Ceausescu (Rumänien), der roten SED, dem kommunist. Raubstaat Polen, den moskowiter Bolschewiken, zur Stützung ihrer Regime gezahlt.
Vermutlich als Dank für die mehr als 40jährige Besatzungstyrannei über halb Deutschland, hat der in Bonn inthronisierte Christkommunismus den Sowjets weitere 15 Milliarden DM freiwillig angeboten; zu zahlen vom deutschen Steuerzahler!

Eines ist in Pankow, Wien und Bonn in all den Jahrzehnten in Vergessenheit geraten, nämlich, die fortbestehenden Reichsgesetze die u. a. auch die Todesstrafe beinhalten, vor allem auch für Kapitalverbrechen dieser Art, begangen am Deutschen Volk.
Jede Wahlbeteiligung gibt auch zu diesen Ausplünderungen die indirekte Zusage, fortzufahren wie bisher!!!

Vor Abzug **restlos aller** Besatzungstruppen, vor Beseitigung des Grundgesetzes, vor Beseitigung

dieser Ausländerherrschaft und Ausschaltung deutscher Kollaborateure, vor der Befreiung Deutschlands und der Wiederherstellung des Reiches - nebst inkraft setzen seiner Gesetze- **ist und bleibt jede abgehaltene Wahl illegal, ist jede Wahlbeteiligung volksschädlich und bleibt Verrat am eigenen Volk!!!**

Die nötige Abwendung vom System,
ist der erste bescheidene Schritt,
für den Dienst an Volk und Vaterland!

Darum ist unser Aufruf zum Wahlboykott,
kein Aufruf zur Passivität,
sondern zur Vernunft!

Tragt die Wahrheit ins Volk!
Das ist u n s e r Aufruf zur Aktivität!

AUFRUF ZUM WAHLBOYKOTT

Mit der Stimmabgabe

wird die jetzt vertraglich erfolgte

aber illegale Abtretung der

DEUTSCHEN OSTGEBIETE

von den Wählern anerkannt !